Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 a. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 357. Halle, Sonnabend, den 2. August. 1919.

Das Ende der ungarischen Räteregierung.

Rücktritt der ungarischen Räteregierung.

Bildung einer sozialistischen Regierung.

WTB. **Budapest**, 1. August. (Drahtnachricht.) (Ung. Korr.-Bureau.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Budapester Zentral-Arbeiterrates ist der revolutionäre regierende Rat der Räterepublik zurückgetreten. Die Regierungsgewalt wurde von einer aus Vertretern der Gewerkschaften gebildeten rein sozialistischen Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Julius Beidel übernommen.

Die neue Regierung erklärt in einer heute abend erlassenen Proklamation, daß sie als ihre erste Aufgabe die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Einleitung von Verhandlungen mit der Entente betrachtet.

Italienische Truppen zum Schutze der deutschösterr. Grenze.

WTB. **Wien**, 1. August. (Drahtnachricht.) Laut Blättermeldungen verlautet, daß italienische Truppen an der deutschösterreichisch-ungarischen Grenze stehen. In der Gegend längs der Leitha stehen Posten von italienischen Bersaglieri. Die Bevölkerung mußte die Ortschaften räumen, da eine ganze italienische Division zur Bewachung der Grenze beordert ist. Italienische Posen besetzten bereits die Brücke von Wombersdorf nach Wimpassing.

Ludendorff über das Weißbuch der Regierung.

Berlin, 1. August. (Eig. Drahtnachricht.) Im L. A. nimmt General Ludendorff Stellung zu dem veröffentlichten Weißbuch der Regierung und sagt u. a.: Nach dem Eindruck, den ich erhalten habe, gibt die amtliche Vorbemerkung eine durchaus einseitige und entstellende Darstellung der Geschichte und zeitigt einseitige und falsche Schlüsse. Mir wird z. B. ein Stimmungsumschwung am 17. Oktober vorgeworfen und behauptet, ich hätte unbestimmte Angaben gemacht. Demgegenüber stelle ich fest, daß am 29. September vom Generalfeldmarschall und mir dem Staatssekretär v. Hintze gegenüber, am 2. Oktober vom General von dem Busche dem Reichstag gegenüber ausgesprochen wurde, daß wir nur auf einen Frieden eingehen könnten, der uns eine Lebensmöglichkeit sichert. Ebenso dürfe kein Waffenstillstand geschlossen werden, der uns wehrlos macht. In diesem Sinne hat sich auch Prinz Max am 5. Oktober ausgesprochen, indem er ausführte, daß wir fest entschlossen seien, auch noch schwere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist, und daß wir weiterkämpfen, den Endkampf um Leben und Tod weiterführen würden. Im selben Sinne hat sich der Reichstagspräsident ausgesprochen.

Ueber die Notwendigkeit des weiteren Kampfes herrschte also volle Einigkeit zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung. Dies gilt bis zum 17. Oktober. Nach der Ansicht der Obersten Heeresleitung ließ die zweite Wilsonnote keinen Zweifel mehr an der Notwendigkeit, weiterzukämpfen, falls wir nicht kapitulieren wollten. Diesem Standpunkt trug ich in der Sitzung vom 17. Oktober Rechnung, verfuhr also folgerichtig, während die Reichsleitung nicht entschlossen war, ihrerseits die Folgen aus den Worten des Reichskanzlers am 5. Oktober zu ziehen. Ich dachte nicht an einen plötzlichen Abbruch, sondern zunächst an die Feststellung, was der Feind eigentlich wollte. Hand in Hand mußten aber die Maßnahmen zur entschiedenen Fortsetzung des Kampfes gehen. Die Fragen, die mir von der Reichsleitung vorgelegt wurden, waren soldatisch überhaupt nicht zu beantworten. So habe ich ausgeführt: „Es ist schwer, solche Fragen zu beantworten, das kann nur pflichtgemäß geschehen". Ich habe mich genau so ausgedrückt, wie die beiden zur Reichsleitung herangezogenen Generale. Ich weise darauf hin, daß die General Gallwitz und Mudra sich sinngemäß genau so ausdrückten wie ich. Das Wesen des Krieges ist ungewißheit; das weiß, glaube ich, jeder. Staatssekretär Solf will mich gefragt haben: „Können Sie noch drei Monate die Front halten?" Ich soll darauf geantwortet haben „Nein!" Das ist durchaus richtig. Wenn hieraus aber wieder besondere Schlüsse gezogen werden, so ist das falsch. Wir waren in die Hermannstellung zurückgegangen. Diese drei Monate zu halten, schien mir ausgeschlossen, darum hatte ich auch die Antwerpen-Maasstellung und eine Grenzstellung erfunden und einrichten lassen. Hier war ein längeres Standhalten durchaus möglich, sobald Impuls aus der Heimat kam. Auf das Halten in diesen Stellungen bezieht sich mein Nein nicht. Ueber die Besprechungen des 29. September enthält die Denkschrift nichts, und darauf ist sie für den Hergang der Ereignisse und für die ganze Beurteilung der Lage von wesentlicher Bedeutung. Ich will hier nur angeben, daß Staatssekretär v. Hintze zunächst aus inneren Gründen den Systemwechsel für notwendig hielt und daß der Generalfeldmarschall und ich, sowie Oberst Heye daraufhin erst die militärische Lage feststellten. Herr v. Hintze hatte mir angegeben, daß die neue Regierung bis zum 1. Oktober mittags gebildet werden könne. Im gleichen Sinne hatte er sich Oberst v. Haffner gegenüber ausgesprochen, und daß dann das Angebot an Wilson hinausgehen könne. Sein Telegramm vom 1. Oktober 1918 ab Berlin 7 Uhr 20 Min. trägt diesem Rechnung. Es lautet: Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien. Gemäß diesem Telegramm und dem mir von Herrn v. Hintze gemachten Angaben habe ich auch gehandelt. Nachdem bis zum 1. Oktober mittags die Regierung gebildet war, habe ich gedrängt. Als mir der Oberst v. Haffner gegen Mitternacht vom 1. zum 2. Oktober von Berlin aus ausführte, daß die Bildung der Regierung auf Schwierigkeiten stoße, habe ich mein Drängen eingestellt und wies Oberst v. Haffner an, darauf zu achten, daß kein unnötiger Zeitverlust entstehe. Ich bemerke ausdrücklich, daß am 30. September und 1. Oktober kein Ereignis an der Front eingetreten war, das die Lage kritischer gestaltet hätte. Der Generalfeldmarschall war mit mir der Ansicht, nachdem auf Grund der Kriegslage der schwere Entschluß gefaßt war, keine Zeit zu verlieren, um ihn zur Tat umzusetzen. War ein schwerer aber auch ehrenvoller Frieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons und durch Wilson zu erreichen, so war ein weiteres Blutvergießen nicht mehr zu verantworten. Es mußte auch alles geschehen, um die Zeit der Spannung abzukürzen, denn es war klar, daß die Gerüchte und Nachrichten von einem von uns erbetenen Waffenstillstand unsere Kampfkraft schwächen, die des Feindes aber ungemein stärken mußten. Wenn Herr v. Grünau in seinem Telegramm Nr. 23 von einem Durchbruch sprach, so handelt es sich hier um eine taktische, nicht um eine strategische Erscheinung, wenn er ferner ausführt: Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat, so weiß ich nicht, worauf sich das beziehen soll. Wir alle standen im Hauptquartier unter dem gewaltigen Eindruck der Ereignisse. Ich habe aber keinen meiner Offiziere gesehen, der nicht Herr seiner Nerven war und nehme das auch für mich in Anspruch. Wenn er ferner sagt: daß wir schlimmsten Falles nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen könnten, so ist mir nur befremdlich daran, wie wenig ein Mitglied des auswärtigen Amtes über die Lage unterrichtet war. Es war dem Staatssekretär v. Hintze nur mitgeteilt worden, daß der Zusammenbruch Bulgariens der vornehmste Grund für den Friedens- und Waffenstillstandsantrag der Obersten Heeresleitung war. Die Ereignisse vom 13. August bis 28. September sind vollständig einseitig von Herrn v. Hintze aufgestellt. Damit das deutsche Volk erfährt, wie der Generalfeldmarschall und ich über die Friedensziele gedacht haben, stelle ich fest, daß wir durchaus gewillt waren, in unserer Kriegszielen die Konsequenzen zu ziehen, wie Herr v. Hintze es am 14. aussprach. Hierüber hat die Sitzung vom 13. gleichfall volle Klarheit gebracht. Die gegenteilige Behauptung des Herrn v. Hintze ist ebenso falsch, wie seine Angabe, die Kriegslage wäre am 13. in offiziöser Form besprochen worden. Von Schweden habe ich im Februar an den Reichspräsidenten geschrieben und angeboten durch Gegenüberstellung des Materials nicht meiner Person wegen Klarheit zu schaffen. Ich habe eine Antwort auf dieses Schreiben nie bekommen. Gern hätte ich dem deutschen Volke diesen Streit erspart. Ich hoffe, daß meine im August erscheinenden Kriegserinnerungen zur Klärung der Lage beitragen werden, nicht um niederzureißen, sondern um aufzubauen.

Zwei Kaisertelegramme.

Veröffentlichungen aus dem Weißbuch.

WTB. **Berlin**, 1. August. „B. Z. a. M." veröffentlicht aus dem soeben erschienenen Weißbuch ein Telegramm des Fürsten Hohenlohe-Langenburg an Prinz Max von Baden vom 25. Oktober 1918, in dem Fürst Hohenlohe ausführt, daß nach Meinung einer zuverlässigen Quelle der Schluß der Wilsonnote so zu deuten sei, daß der einzige Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe. Nach der Meinung des Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzuwirken, der in der letzten Zeit Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würde durch sie die Friedensströmung in den übrigen Ententestaaten gestärkt werden. Dem Gewährsmann zufolge sei die Schwäche unserer militärischen Lage den Amerikanern zu bekannt, um bei ihnen jetzt im Falle eines Aufrufs zur nationalen Verteidigung über den endgültigen Sieg der Entente Zweifel aufkommen zu lassen. Deutschlands Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Sollte versucht werden, den Endkampf hinauszuziehen, so würde das nur als ein neuer Beweis des vorwiegend militärischen Einflusses betrachtet werden und den Verdacht nähren, daß man sich auf Deutschlands ganze innerpolitische Wandlung nicht verlassen könne.

Ferner ist ein Telegramm Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm bemerkenswert, das lautet:

„Ich war heute früh genötigt, da die militärische Lage unhaltbar geworden ist, den Italienern einen Waffenstillstand anzutragen. Falls aber die Italiener die Bedingung stellen, daß die Bahnen durch Tirol und Kärnten (Tauernbahn, Brennerbahn, Südbahn) auf den Durchzug der feindlichen Truppen gegen Deine Länder geöffnet werden sollten, so werde ich mich an die Spitze meiner Deutsch-Oesterreicher stellen und den Durchzug mit Waffengewalt verhindern. Darauf kannst Du fest vertrauen. Auf die Truppen der anderen Nationalitäten kann man sich in dem Falle nicht verlassen. In treuer Freundschaft gez. Karl."

Die Antwort Kaiser Wilhelms lautet:

„Mit Bewegung habe ich Dein Telegramm über den Antrag zum Waffenstillstand an Italien gelesen. Ich bin überzeugt, daß Deine Deutsch-Oesterreicher, an der Spitze der kaiserliche Herr, sich wie ein Mann gegen schmachvolle Bedingungen erheben werden, und danke Dir dafür, daß Du mir das noch besonders versicherst. In treuer Freundschaft gez. Wilhelm."

Stellungnahme der bayrischen Regierung zur Abdankung des Kaisers.

WTB. **München**, 1. August. In dem deutschen Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes sind Telegramme des damaligen preußischen Gesandten in München, von Treutler, und des deutschen Gesandten in Bern, von Romberg, erwähnt, in denen an mehreren Stellen von der Stellungnahme der damaligen bayerischen Regierung zur Frage der Abdankung des Kaisers und den angeblichen Sonderfriedensbestrebungen Bayerns die Rede ist. Die Schriftleitung der „Münchner Neuesten Nachrichten", die wegen dieser Angelegenheit mit dem Leiter der damaligen bayerischen Regierung, dem Ministerpräsidenten Dandl, in Verbindung getreten ist, ist ermächtigt, folgendes festzustellen:

1. Die Stellungnahme der früheren bayerischen Regierung in der Frage der Abdankung des Kaisers ist in dem Bericht des preußischen Gesandten von Treutler am 25. Okt. 1918 richtig wiedergegeben. Nicht zutreffend, dagegen ist die nach dem Bericht des deutschen Gesandten in Bern vom 3. November 1918 an die Entente gebrachte Nachricht, Bayern habe vom Bundesrat die Abdankung des Kaisers angeblich gefordert. Es bestehe in Bayern an maßgebender Stelle der Eindruck, daß der Kaiser den Plan verfolge, bei der ersten Gelegenheit die neue deutsche Regierung zu stürzen. Die damalige bayerische Regierung hat vielmehr den Standpunkt eingenommen und bei maßgebenden Besprechungen zur Geltung gebracht, daß der Kaiser durch die verantwortlichen Persönlichkeiten über den Stand der Dinge mit aller Offenheit aufzuklären sei, und daß sie mit einem freiwilligen Rücktritt des Kaisers einverstanden wäre.

2. Der deutsche Gesandte in Bern hat in seinem Bericht vom 3. November 1918 die Behauptung, daß Bayern dem Abgesandten der Entente zu verstehen gegeben habe, es würde sich von der Reichspolitik unter allen Umständen lossagen, selbst als abenteuerlich bezeichne. Tatsächlich entbehren solche Gerüchte jeder Grundlage. Der bayerischen Staatsregierung war allerdings seinerzeit zur Kenntnis gekommen, daß in der Schweiz Nachrichten der bezeichneten Art umliefen. Sie hatte hierwegen damals den bayerischen Gesandten in Bern nach München berufen und von ihm erfahren, daß die Gerüchte auf Redereien unverantwortlicher, übergeschäftlicher Personen zurückzuführen seien. Die bayerische Regierung habe derartige, die Einheit und den Bestand des Reiches gefährdende Bestrebungen stets aufs schärfste verurteilt und eine direkte oder indirekte Förderung entschieden abgelehnt. Der Gesandte erhielt die Weisung, diesen Standpunkt der Regierung gegenüber den umlaufenden Gerüchten zu verbreiten. Wenn die Entente gleichwohl mit den bayerischen Sonderbestrebungen ernstlich gerechnet haben sollte, hat ihr jedenfalls die Haltung der damaligen bayerischen Regierung hierzu keine Berechtigung gegeben.

Schwere Unruhen in Straßburg.

WTB. **Berlin**, 1. August. (Drahtnachricht.) Der Abend meldet aus Karlsruhe: Nach weiteren verlässlichen Berichten aus Straßburg sind dort erneut Unruhen ausgebrochen. Auf dem Bahnhofplatz haben Kundgebungen stattgefunden, die geradezu revolutionären Charakter trugen. Die Ausständigen griffen erneut das französische Militär an, töteten eine große Anzahl von Soldaten und mehrere Offiziere, von denen einige in den Illfluß geworfen wurden. Der Gouverneur hat mit der Verhängung des Belagerungszustandes gedroht.

Aufhebung des Cölibats in Deutsch-Oesterreich?

WTB. **Berlin**, 31. Juli. Nach einer Drahtmeldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aus Prag soll die deutschösterreichische Regierung damit einverstanden sein, daß katholische Priester sich künftig verheiraten, und sie gegen Maßregelung deswegen zu schützen, bereit sein. Im ganzen beabsichtigen zurzeit 300 Priester sich zu verheiraten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190802018/fragment/page=0001

Deutsche Nationalversammlung.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründet Abg. Dr. Most (D. Vpt.) die Interpellation, über die Beamtenfragen. Unsere Interpellation ist veranlaßt durch die Erkenntnis der Not, in der sich Millionen deutscher Beamten befinden, und durch den Wunsch, uns

den festgefügten tüchtigen Beamtenkörper

zu erhalten. Wir können stolz darauf sein, daß wir bisher das pflichtgetreueste und lauterste Beamtentum der Welt gehabt haben. Das Verhältnis unserer Beamten zum Staat ist ein anderes als das eines Arbeiters zu seinem Arbeitgeber. Der streikende Beamte ist ein Widerspruch in sich selbst. (Sehr richtig! rechts.) Der Beamte hat Sonderpflichten, weil er Sonderrechte hat. Umsomehr aber hat auch der Staat die Pflicht, diese Rechte zu wahren. (Sehr richtig! rechts.) Wir wünschen einen Schutz der Beamten gegen das Uebermaß der Parlamentarisierung und der Politisierung. (Beifall rechts.) Zu dem Zwecke verlangen wir vor allen Dingen die

Schaffung eines neuen Beamtenrechts

durch das Reich mit einer Ausgestaltung der Beamtenausschüsse Regelung der Urlaubsverhältnisse, Reform des Disziplinarwesens, Aufhebung gewisser einschränkender Bestimmungen, wie Residenzpflicht, Verbot der Nebenbeschäftigung usw. Vor allen Dingen aber verlangen wir eine Errettung des Beamtentums aus der wirtschaftlichen Not. Eine raschere, durchgreifende Besoldungsreform für alle Beamtenklassen muß kommen. (Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. David:

Es ist mir dringendes Bedürfnis, der deutschen Beamtenschaft

meine wärmste Anerkennung

auszusprechen für ihre überaus pflichttreue und aufopfernde Arbeit, die sie nicht nur während des Krieges, sondern auch vorher unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet hat. Das soll ihr unvergessen sein, wenn eine grundlegende Neuordnung des Beamtenrechts und der Beamtenbesoldung zustande kommt. Ein gutes Beamtentum ist Lebensbedingung für das neue Deutschland. Nicht auf einem autoritativen Zwang von oben, sondern auf der Pflichttreue von unten beruht die Stärke der Demokratie. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine

Neuordnung der Besoldung und des Pensionswesens,

sowie die Hinterbliebenenfürsorge unbedingt nötig ist. Zugeit freilich ist eine generale Regelung leider nicht möglich. Erst muß Klarheit geschaffen werden über den Beamtenstand, mit dem wir dauernd zu rechnen haben, und dann über die finanzielle Leistungsfähigkeit von Reich und Ländern. Eine baldige Klärung ist in Besprechungen mit den Beamtenverbänden seitens der Reichs- und der Landesregierungen in Aussicht genommen. Die Konferenz ist bereits am 12. August in Berlin. Im Reichsministerium des Innern ist

ein Rat für Beamtenfragen eingesetzt.

Er hat seine Arbeiten bereits am 1. August aufgenommen. Das neue parlamentarische System wird die Gewähr geben, daß fortan die Beamten ihre berechtigten Forderungen leichter und rascher zur Geltung bringen können. Freie Bahn dem Tüchtigen. Das neue System nimmt den Beamten nichts. Es kann ihnen zur Freude und zum Nutzen werden, der Gesamtheit aber zum Wohl.

Abg. Krohnen (Soz.): Es ist erfreulich, daß die Herren von der Rechten sich jetzt auf einmal für die Beamten erwärmen. (Unruhe rechts; lebhafte Zustimmung links.) Das ist die Stimmungsmache. (Erneute Unruhe rechts.) Die freiheitliche Betätigung der Beamten haben Sie (zu der Rechten) stets gehindert. Wir treten für die Koalitionsfreiheit und

auch für das Streikrecht der Beamten

ein. Ferner verlangen wir eine Gesetzesvorlage über Beamtenräte. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Allekotte (Ztr.): Das Zentrum ist stets mit Nachdruck für die Forderungen der Beamten eingetreten. Die neuzeitliche Regelung der Beamtenfragen bewirkt man am besten in Verbindung mit den Beamtenorganisationen, die in den letzten sechs Monaten auf ganz besondere Leistungen zurückblicken können. (Zustimmung.) Angesichts der

Notlage sämtlicher Beamtenkategorien

und auch der Beamtenfamilien halten wir eine durchgreifende Besoldungsreform für erforderlich. Die Beamten dürfen nicht berechtigt sein, durch Streik auf die Regierung einen Druck auszuüben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Remmers (Dem.): Die Nationalversammlung hat sich bemüht, in dem Verfassungswerk, soweit es möglich war, die Wünsche der Beamten zu verwirklichen und vor allen Dingen ihre Grundrechte zu sichern. Allerdings müssen wir lebhaft bedauern, daß die in der Schwebe befindliche Frage der

Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage

noch nicht hat zum Abschluß gebracht werden können. Wir sind der Ueberzeugung, daß trotz des Widerstandes Preußens unter allen Umständen durch eine nochmalige Teuerungszulage unter die Arme gegriffen werden muß. Die Besoldungsreform muß schleunigst in Angriff genommen werden. Vor allen Dingen wird es nötig sein, mit den vielen Besoldungsklassen aufzuräumen. (Beifall.)

Abg. Degerk (Dn.): In die Beamtenschaft ist Erregung hineingetragen worden durch die seinerzeitige Erklärung des Volksbeauftragten Ebert, daß die Beamten auf ihrem Posten beharren sollten, bis die Stunde der Ablösung käme. Die Not unter den Beamten ist so groß, daß unbedingt einmalige Zulagen gegeben werden müssen. Bei der Regelung der Teuerungszulagen müssen auch die Pensionen berücksichtigt werden, namentlich die Anfangsgehälter erhöht, und

die Aufrückungszeit muß verkürzt

werden, damit die Beamten früh einen Hausstand gründen können. Das bis jetzt aufgebaute Haus ist ein Kartenhaus, das von dem nächsten Windstoß umgestürzt werden kann. (Zustimmung rechts; heftiger Widerspruch links)

Reichsminister des Innern Dr. David:

Der Vorredner hat mir unterstellt, ich hätte mit bezug auf die Regierung von Männern gesprochen, die infolge der Revolution einen Posten erhalten hätten, denen aber die Einsicht in das politische Leben fehle. Das ist falsch. Ich habe von Elementen in den Räten gesprochen, die sich niemals mit volkswirtschaftlichen Dingen beschäftigt haben, die Lohnfrage zu einseitig behandeln, ohne Rücksicht darauf, daß nicht die Lohnhöhe, sondern die

für den Lohn zu erwerbende Gütermenge das Wesentliche

ist. Nicht die Revolution hat, wie der Vorredner behauptet, den finanziellen Tiefstand herbeigeführt, der die Durchführung der Beamtenbesoldung erschwert, sondern der Krieg. (Lebh. Beifall.) Der Vorredner und seine Freunde mögen sich gesagt sein lassen, daß heute außerordentlich viel billiger regiert wird, als unter dem alten Regime. (Widerspruch rechts; anhaltender Beifall links.)

Abg. Dümell (U. S.): Auch die heutige Regierung hat angeblich im Einverständnis mit den Vertretungen der Beamten, ihnen die Koalitionsfreiheit beschränkt. Der Minister hat sich dann auch über das Streikrecht der Beamten nicht geäußert. Der soziale Streik von heute soll auch den Beamten eine freiheitliche Stellung geben.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.): Das Streikrecht der Beamten lehnen meine Partei, sowie die Deutschnationalen und das Zentrum entschieden ab, weil es sich

mit dem Charakter des Beamten nicht verträgt.

Mit neuem Kurse treibt das Reichsschiff einer ungewissen Zukunft entgegen. Eins aber steht fest: wenn jemals gehofft werden kann, daß das Schiff eine gute Fahrt fährt, dann, wahrlich nur dann, wird es gelingen, den alten Geist der alten Beamtenschaft hineinzubringen in die neue Zeit.

Reichsminister des Innern Dr. David:

Ueber das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich klipp und klar zu äußern. Der Streit muß in den Organisationen der Beamten selber ausgetragen werden. Im übrigen ist ein einzelner Minister gar nicht berechtigt, in Bezug auf diese Frage ein endgültiges Urteil abzugeben, weil das Streikrecht mit dem Staatsrecht des Parlaments kollidiert.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Eingegangen ist eine Interpellation der Abg. Frau Dransfeld (Ztr.), unterzeichnet von weiblichen Mitgliedern aller Fraktionen, betreffend Maßnahmen gegen den Notstand, in welchen zahlreiche Frauen infolge der wirtschaftlichen Demobilmachung geraten sind.

Nächste Sitzung Donnerstag, 7. August, nachm. 4 Uhr: Interpellation Dransfeld (Ztr.), zweite Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend die Erhebung einer außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919 und einer Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Schluß 2 Uhr.

Beratungen über Landarbeiterfragen.

WTB. Berlin, 1. August. Gestern hat hier eine Zusammenkunft von Vertretern der deutschen Landarbeiterverbände und von Arbeitgebern der Landwirtschaft stattgefunden, um Maßnahmen zu beraten, gegen die drohenden Erntestreiks in Ostpreußen, wo es besonders im Kreise Fischhausen bedrohlich aussieht. Man war sich darüber einig, daß die Erntestreiks mit allen Mitteln verhindert werden müßten. Komitees von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen die Provinz zur Aufklärung und Schlichtung bereisen.

Der Staatsgerichtshof vor dem Verfassungsausschuß.

WTB. Weimar, 1. August. (Drahtnachricht.) Der Verfassungsausschuß hat sich heute zum ersten Male mit dem Gesetzentwurf über einen Staatsgerichtshof beschäftigt. Er wird die Beratungen so rasch wie möglich zu Ende führen.

Die neue Behörde für öffentliche Ordnung.

Berlin, 1. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der Geheime Regierungsrat v. Berger, der bisher in der preußischen Staatsregierung beschäftigt war, ist wie wir hören, zum Staatskommissar für die öffentliche Ordnung ernannt worden. Es ist dies eine neue Behörde, die eingerichtet worden ist, um allen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, die die öffentliche Ordnung in der preußischen Republik gefährden können. In Frage kommen insbesondere der Bolschewismus, der Antisemitismus und alle Bestrebungen gegen den Bestand der Republik. Es sind bereits zahlreiche Mitarbeiter angestellt worden, darunter der frühere Vizekonsul in Prag Schwarz und Rechtsanwalt Dr. Rosenberg. Im Gebäude der preußischen Staatsregierung wird eine ganze Flucht Zimmer für diese neue Behörde eingerichtet.

Verhandlungen mit der polnischen Regierung.

Berlin, 1. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der preußischen Regierung einerseits und der polnischen Regierung andererseits werden in der Mitte der nächsten Woche beginnen. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, zu diesem Zweck Vertreter nach Berlin zu entsenden. Die Verhandlungen, die bisher an einzelnen Orten stattgefunden haben, haben nur einen vorbereitenden Charakter getragen.

Aufhebung der Schiebermärkte an der Grenze.

WTB. Düsseldorf, 1. August. Die an der Grenze des besetzten Gebietes bei Aufhebung der Blockade entstandenen Warenmärkte für Waren aus dem besetzten Gebiet, die einen riesigen Umfang angenommen hatten, und von Aufkäufern aus allen Teilen des Reiches besucht wurden, sind in der letzten Nacht von der Polizei aufgehoben worden. Die Polizei verhinderte den Warenmarktverkehr durch ein starkes Aufgebot. Sie nimmt auch alle Fuhrwerke unter Kontrolle. Der Marktverkehr hat durch Anhäufen zweifelhafter Elemente zu großen Uebelständen geführt. Es kam häufig zu Betrügereien und wie bereits gemeldet, wurde am Sonntag sogar ein Aufkäufer ermordet und beraubt.

Streiknot in der Schweiz.

WTB. Zürich, 1. August. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Die Delegiertenversammlung der Arbeiterbundes beschloß einstimmig, die Besoler Genossen zu unterstützen und Freitag 12 Uhr die Arbeit niederzulegen. Heute morgen gelangt ein Flugblatt zur Verteilung, das zur Arbeitsniederlegung auffordert. Es ist unterzeichnet: Gemeinde- und Lokalverbände und Straßenbahnerverband, Sektion Zürich. Man spricht vom Beginn des allgemeinen schweizerischen Generalstreiks. Vorläufig sind vom Lokalkomitee folgende städtische Betriebe in den Generalstreik einbezogen: Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke, Bestattungswesen und Notstandsdienst.

Das französische Urteil über die Tätlichkeiten gegen die deutsche Delegation.

WTB. Paris, 31. Juli. (Havas.) Der beratende Ausschuß des zweiten Schiedsgerichts, das mit der Untersuchung über die Vorfälle, die sich bei der Abreise der deutschen Delegation ereignet haben, betraut ist, hat seine Untersuchung beendet und beantragt, die Untersuchung niederzuschlagen. Man habe festgestellt, daß die Deutschen, indem sie lärmende Grüße wechselten, Hochrufe ausbrachten und der Menge Grimassen schnitten, dadurch Proteste herausgefordert haben. Man hat nicht festgestellt, ob die Menge Steine geworfen hat.

Zusatz des WTB.: Diese Havas-Meldung steht in einem sonderbaren Gegensatz zu der Tatsache, daß Clemenceau in seiner bereits bekannten Note der deutschen Regierung sein Bedauern über das den Gelegen der Gastfreundschaft in so äußerlicher Weise zuwiderlaufende Geschehnis ausgesprochen hat. Ein Augenzeuge des Vorfalles bestätigt, daß es den Mitgliedern der deutschen Delegation in keiner Weise eingefallen ist, das französische Publikum durch Hochrufe, Grimassen usw. zu reizen. Sehr sonderbar wirkt die Behauptung, daß nicht festgestellt sei, daß die Menge Steine geworfen habe. Frau Dornblüth, die noch an einer Kopfverletzung im Krankenhaus darniederliegt, kann das Gegenteil bestätigen, und auch andere Mitglieder der Delegation sind, wenn auch leichter, durch Steine verletzt worden. Das feindliche Verhalten des französischen Publikums beschränkte sich nicht auf den Augenblick, als die deutschen Delegierten ihre Hotels verließen, sondern setzte sich den ganzen ziemlich langen Weg fort, den die Delegation zum Bahnhof zurückzulegen hatte.

Frankreichs Goldgier.

WTB. Versailles, 1. August. In der gestrigen Kammersitzung erklärte Abgeordneter Grodet, im November 1918 habe die deutsche Reichsbank 2 Milliarden 209 Millionen Goldmark besessen, am 30. Juni nur noch 1 Milliarde 116 Millionen, und fragte, ob Frankreich diese Differenz erhalten habe. Ein Unterstaatssekretär des Finanzministeriums erklärte, ihm sei davon nichts bekannt. Abgeordneter Marin sagte darauf, es sei sonderbar, daß man diese Abwanderung habe geschehen lassen.

Eintreffen der ersten französischen Kriegsgefangenen.

WTB. Berlin, 1. August. Nach dem „Lok.-Anz." sind die ersten deutschen Kriegsgefangenen aus französischen Lagern, 198 Mann, darunter acht Offiziere, im Lazarettzug von Konstanz kommend, in Kassel eingetroffen.

Von den deutschen Truppen in Estland.

WTB. Berlin, 1. August. Laut „Deutscher Tageszeitung" meldet Hollandsch Nieuws Bureau aus Paris: Der Oberste Rat hat eine Note an General Graf von der Goltz abgefaßt, in der es dem General anheimgestellt wird, die von der Konferenz empfangenen Befehle auszuführen. Der englische General Gough, Oberbefehlshaber in Estland, hat mitgeteilt, daß sein Notenwechsel mit Goltz über die Räumung Estlands durch die deutschen Truppen erfolglos geblieben sei.

Behandlung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat.

WTB. London, 1. August. (Reuter.) Der amerikanische Senat begann in öffentlicher Sitzung die Behandlung des Friedensvertrages. Als erster Redner trat Baruch auf. Er sprach die Ansicht aus, die Erklärung Wilsons bei der Vorlegung des Friedensvertrages, daß die Vereinigten Staaten keinen Anteil an dem deutschen Schadenersatz haben sollen, gebe nur die Meinung des Präsidenten wieder und sei kein endgültiger Beschluß.

Die Lage in Bulgarien.

WTB. Amsterdam, 1. August. Nach einem in den englischen Blättern veröffentlichten Reuter-Telegramm hat man in amtlichen britischen Kreisen verläßliche Berichte aus Sofia erhalten, die ein sehr ernstes Bild von der inneren Lage in Bulgarien geben. Man hat den Eindruck, daß Bulgarien, dem Beispiel Ungarns folgend, eine Sowjetrepublik errichten und der König Boris absetzen wird.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

WTB. Amsterdam, 1. August. Nach der Pause, die bis ½5 Uhr dauerte, wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende schlug vor, die Beratung über die Stimmenverteilung zu verschieben und mit der Beratung der Statuten fortzufahren. Die Vorschläge der Kommission über die Aufgaben des Kongresses, die Pflichten des Büros, seiner Mitglieder und Angestellten, sowie der Artikel über die Zulassung zur Internationale, worin bestimmt wird, daß nur eine Zentrale jedes Landes Mitglied der Internationale sein kann, werden angenommen. Außerdem wurde das Programm der neuen Internationale angenommen. Um 6 Uhr erschienen die Engländer und Amerikaner wieder in der Sitzung, und es wurde über die Stimmenverteilung weiter verhandelt. Legien (Deutschland) machte, um den Engländern und Amerikanern entgegenzukommen, einen Vermittelungsvorschlag, demzufolge 250 000 Mitglieder eine Stimme, 500 000 Mitglieder zwei Stimmen, eine Million Mitglieder drei Stimmen und darüber hinaus je 500 000 Mitglieder eine weitere Stimme erhalten sollen. Der Vermittelungsvorschlag Legiens wurde mit 18 gegen 5 Stimmen angenommen. Hierauf wurden noch die Anträge zur Errichtung des internationalen Büros des Gewerkschaftsbundes in Amsterdam angenommen.

Streik der Schutzleute in England.

WTB. Amsterdam, 1. August. „Telegraaf" meldet aus London, daß die Leitung des Verbandes der Polizeibeamten gestern abend durch eine Sonderausgabe des sozialistischen „Herald" einen Aufruf verbreitete, in dem alle Schutzleute und Gefängnisbeamten des ganzen Landes aufgefordert werden, abends die Arbeit niederzulegen. Die Leitung des Verbandes hat selbst zuerst mit dem Streik begonnen. Diese Aktion ist ein Protest gegen die Regierungsvorlage, die jetzt vom Parlament behandelt wird, und in der die Errichtung eines Verbandes der Polizeibeamten unter gewissen Kontrollbestimmungen geplant ist, der Polizeibeamten verboten wird, anderen Gewerkschaften anzugehören, und die Verbreitung von Unzufriedenheit unter den Beamten mit Strafe bedroht wird.

Einstellung der Flugpost.

WTB. Berlin, 1. August. Die Flugpost-Gesellschaft hat die Beförderung von Postsachen vorläufig eingestellt, da ihr Bedarfsmaterial fehlt, das in den Händen von Schiebern monopolisiert zu sein scheint. Mit Posen ist der Brief- und Postverkehr gegen Inlandsgebühr wieder aufgenommen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190802018/fragment/page=0002

Angriff der Türken auf Armenien.

Haag, 1. August. (Eig. Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet: Laut in Paris eingetroffenen Nachrichten erfährt die Associated Preß, daß Türken und Tartaren einen Angriff auf Armenien planen. Angeblich beabsichtigen sie Armenien von drei Seiten gleichzeitig anzugreifen um den Transport von Lebensmitteln abzuschneiden. Darum müßte auch sofort militärische Hilfe abgesandt werden.

Ausland.

Festsetzung von Höchstpreisen in Frankreich.

Paris, 1. August. (Havas.) Der Ministerrat genehmigte ein Dekret, daß in allen Departementshauptstädten und bedeutenden Ortschaften Kommissionen eingesetzt werden sollen, die sich aus Vertretern des Groß- und Kleinhandels, der Landwirtschaft, der Berufssyndikate, der Genossenschaften, der Gemeindebehörden zusammensetzen und jede Woche einmal versammelt werden, um die Festsetzung von Höchstpreisen auf der Grundlage der Selbstkosten mit einer Erhöhung von 17 Prozent vorzunehmen.

Wahlreform in Italien.

WTB. **Rom**, 1. August. (Agenzia Stefani.) **In der Kammer** erklärte Nitti bei Schluß der Diskussion über die Wahlreformvorlage, daß die Regierung der Listenwahl mit proportionaler Vertretung günstig gesinnt sei. Die Regierung nahm eine Tagesordnung an, die besagt, daß die Kammer die Notwendigkeit einer Wahlreform auf der Grundlage der Proportionalvertretung anerkenne. Der erste Teil der Tagesordnung wurde durch Handaufheben, der zweite in namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 98 Stimmen angenommen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Großherzog von Oldenburg verkauft seine Gemäldegalerie. Der ehemalige Großherzog von Oldenburg hatte seine Gemäldegalerie dem Staat für 5 Millionen Mark angeboten, dieser die Uebernahme jedoch abgelehnt. Nunmehr wird die Galerie, welche nach Schätzung von Kunstkennern 15 Millionen Mark wert ist, zum Verkauf gestellt. Es sind bereits Kaufliebhaber aufgetreten. Die Sammlung geht wahrscheinlich in die Hände amerikanischer Finanzleute über.

Ein Forschungsinstitut für Wärmewirtschaft. In Stuttgart wurde ein wissenschaftliches Forschungsheim für Wärmewirtschaft unter Leitung von Prof. Dr. Knoblauch (von der Technischen Hochschule in München) gegründet. Es wird gemeinsam mit der Brennkrafttechnischen Gesellschaft Berlin angestrebt, sowohl in der Industrie wie auch im Baufach eine bessere Brennstoffausnutzung durch geeignete Wärmeschutzstoffe zu erzielen, da gegenwärtig etwa 75 v. H. aller Kohlen unausgenutzt verloren gehen. Entsprechende Gesetzesvorschriften sind in Vorbereitung.

Provinzial-Nachrichten.

* **Mühlhausen**, 30. Juli. (Aus der Praxis eines Seemannsauskunfts-Bureaus) berichtet die hiesige Zeitung. Der Agent Richard H. von hier hatte ein „Seemannsauskunfts-Bureau Hochheim Mühlhausen" aufgemacht und in vielen Zeitungen Inserate losgelassen, die den Anschein erweckten, als könnte hier jungen Leuten Stellung auf Schiffen besorgt werden. Einzusenden war der Betrag von 6,25 Mk. und dafür erhielten die Stellesuchenden einen bedruckten Zettel, auf dem sie allerlei gute Lehren fanden, mit denen herzlich wenig anzufangen war. Wie gut das Geschäft ging, das wurde gestern vor dem Schöffengericht festgestellt, vor dem sich H. wegen Betrugs zu verantworten hatte. An Hand des Postbuches ließ sich nachweisen, daß vom 1. bis 4. April 130 Nachnahmen erhoben worden sind, also in vier Tagen 800 Mark. Der Betrug war vom Arbeiterrat in Hamburg aufgedeckt worden, der die Sache dem Staatsanwalt übergab. Der Amtsanwalt beantragte gegen H., dem übrigens der Betrieb eines Heiratsvermittlungsbureaus untersagt worden ist, eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Das Urteil lautete auf 500 Mk. Geldstrafe.

— **Harzburg**, 29. Juli. (Der Schleichhandel der Harzhotels.) Am 25. d. Mts. machte der Stadtmagistrat bekannt, daß für diese Woche die Belieferung mit frischem Fleisch ausfallen müsse. Als Ersatz sei bei den Kaufleuten amerikanischer Speck zu 8,60 Mk. das Pfund zu haben. Am folgenden Tage konnte der Magistrat bekannt geben, daß bei den Schlachtern beschlagnahmtes Fleisch auf Karten an die Eingesessenen verabfolgt werde. Der Arbeiterrat hatte bei einer Durchsuchung der Hotels mehrere Zentner frisches Fleisch gefunden, dazu faßte er einen Gemüsewagen ab, in dem sich oben Gemüse, darunter aber einige Zentner Fleisch befand, das nach Harzburg eingeführt werden sollte. Sämtliches Fleisch wurde beschlagnahmt, so daß die ganze Einwohnerschaft ihre Fleischportion erhielt. In der folgenden Nacht wurden dann noch 31 Zentner frisches Fleisch und ein Schwein beschlagnahmt. Auf diese Weise ist jedoch manches Hotel wegen der Verpflegung seiner zahlreichen Gäste in einige Verlegenheit gekommen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 2. August 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandstische die Stvv. Hennig, Dr. Keil, Ziegler und Kleeis.

Eingegangen ist eine Eingabe des Vereins der Zigarrenhändler von Halle und Umgegend, in welcher gegen den Vorwurf des Wuchers, der in letzter Sitzung dem Zigarrenhandel gemacht worden ist, protestiert und das Anerbieten gemacht wird, daß dem Verein die Tabakwaren aus den Heeresbeständen zu den vom Magistrat festgesetzten Preisen zum Weitervertriebe überlassen werden. Weil die gleiche Eingabe auch dem Magistrat zugegangen ist, geht die Versammlung über diesen Gegenstand zur Tagesordnung über.

Zwei weitere Eingaben um Teuerungszulagen bezw. Unterstützung oder Wiedereinstellung werden dem Petitionsausschuß überwiesen.

Ferner wird ein Dringlichkeitsantrag der Stvv. Wilke und Genossen (S. Fr.) angenommen, der lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die von der Regierung festgesetzten Richtpreise für Hartobst sofort nach ihrer Bekanntgabe an den Anschlagsäulen zu veröffentlichen, sowie alle Mittel zu ergreifen, um der Stadt eine genügende Versorgung zu sichern. Die Ueberwachung des Obstmarktes, namentlich in Bezug auf Einhaltung der Kleinhandels-Richtpreise, wird dem mittleren Arbeiterrat übertragen.

Hierauf wird die

Beratung des Haushaltplanes

fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst das Kapitel 1: Ergebnisse der Rechnung 1917. Die in Einnahme stehenden Ueberschüsse betragen 2 703 434,09 Mk., die in Ausgabe gestellte Ueberweisung an den Ausgleichsfonds 2 350 000 Mk., so daß ein Ueberschuß von 353 434,09 Mk. verbleibt. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung. Berichterstatter Stv. Ritter (Dem. Fr.).

Der Zoologische Garten erfordert nach seinem Haushaltplan bei 253 875,20 Mk. Einnahme, die aber bei dem kühlen Sommer nicht werden erreicht werden, und 352 263,20 Mk. Ausgabe einen Zuschuß von 98 388 Mk. Wird genehmigt. Berichterstatter Stv. Steinbrück (Dn.).

Der Haushaltplan des Armen- und Fürsorgewesens sieht eine Einnahme von 240 805 Mk. und eine Ausgabe von 1 457 805 Mk. vor, so daß ein Zuschuß von 1 217 000 Mk. nötig wird. Der Berichterstatter Stv. Weschke (b. k. Fr.) befürwortet die Annahme, ebenso die folgenden zwei Anträge des Haushaltausschusses: Aus dem Etat des Armen- und Fürsorgewesens sind bei der Abteilung H. Nr. 1, 2 und 3 der Einnahme zu streichen, ebenso bei der Ausgabe Abteilung H. Nr. 1 und 2. Ferner der Antrag:

Die Armendirektion zu ersuchen, mit einer Anzahl von Hallischen Aerzten wegen der ärztlichen Versorgung der Armen ein Abkommen zu treffen, so daß auch die Armen unter den Aerzten eine Auswahl haben. Bis jetzt waren nur zwei Aerzte für die ärztliche Versorgung der Armen bestimmt, eine zu geringe Anzahl, um dem Bedürfnis genügen zu können.

Stv. Kleeis (S. Fr.) stellt zu diesem Kapitel folgenden Antrag:

Der Magistrat wird ersucht, das Armenwesen der Stadt Halle einer neuzeitlichen Reform zu unterziehen. Hierbei ist die Bezeichnung „Armenfürsorge" überhaupt zu beseitigen, wie es schon in anderen Orten geschehen ist. Bei der Verwaltung, insbesondere bei dem Armen- und Fürsorgewesen ist immer mehr die Ueberwachung zu ermöglichen. Weiter ist die Mitwirkung der ehrenamtlich tätigen Personen einzuschränken und eine größere Zentralisation und Gleichmäßigkeit der Fürsorge durch Berufung anzustellender Vorsteher für größere Bezirke herbeizuführen.

Der Antragsteller begründet diesen Antrag und bittet, daß er dem Sozialen Ausschuß überwiesen wird.

Stv. Splett und Genossen beantragen die Vorausbezahlung der Armenunterstützung.

Frau Stv. Krüger (U. S. P.) führt aus, daß sie im Haushaltsausschuß für die freie Arztwahl auch der Armen eingetreten sei, daß sie sich aber schließlich mit der beschränkten Arztwahl, wie sie der Haushaltausschuß nun vorschlägt, einverstanden erkläre. — Stadtrat Dr. Tepelmann ist gern bereit, der Anregung des Ausschusses nachzugeben und eine beschränkte Anzahl von Aerzten zur Wahl zuzulassen. Zum Antrag Kleeis bemerkt der Redner, daß das Wort Armenfürsorge noch auf gesetzlichen Bestimmungen beruht. Mit der Verringerung der ehrenamtlich tätigen Personen vermag er sich nicht einverstanden zu erklären. Die Ehrenbeamten der Armenverwaltung haben sich ausgezeichnet bewährt. Bereits 1909 ist der Anfang gemacht worden mit der Anstellung eines beruflich tätigen Beamten zur Ermittelung der Bedürftigkeit, während die Verteilung der Unterstützung den Armenpflegern ehrenamtlich verbleiben muß. Sonst läuft man Gefahr, einem gewissen Bürokratismus zu verfallen. Der Magistrat hat Abstand davon genommen, schon jetzt Aenderungen vorzunehmen, weil es an Beamten und auch an Raum mangelt. Der Armendirektion wird es willkommen sein, wenn auch Arbeiter ehrenamtlich als Armenpfleger eintreten.

Stv. Hildebrandt (U. S. P.) hält die Sätze des Armengeldes für zu niedrig; sie müßten erhöht werden, um die Ernährung besser zu stellen.

Stv. Albrecht (U. S. P.): Wir haben uns auch mit der Sache beschäftigt, wie sie der Stv. Kleeis im Auge hat, doch für jetzt sehen wir von einer Weiterverfolgung ab, weil wir im Etatjahre bereits zu weit vorgeschritten sind. Die Armut muß aus der Welt geschafft werden. Sobald die Unterstützungsbedürftigkeit festgestellt ist, muß sofort das Geld bereit sein. Der Arzt muß ordentlich besoldet werden, damit er sich der Kranken gut annimmt.

Stadtrat Dr. Tepelmann verwahrt sich gegen des Vorredners Vorwurf, daß die Armenverwaltung den Armen als schuldig ansähe. Niemals sei eine darauf bezügliche Beschwerde eingegangen, auch in der Presse nicht. Die Unterstützungssätze sind wiederholt und auch in jüngster Zeit erst erhöht worden und sie können sich neben denen von Leipzig und Chemnitz durchaus sehen lassen. Die Sätze von 1917 waren ausreichend, die hierfür im Vorjahre ausgeworfene Summe ist nicht aufgebraucht worden, weil andere Unterstützungen gezahlt worden sind. Die Armenverwaltung wird, wenn es notwendig wird, die im Etat vorgesehenen Sätze überschreiten.

Stv. Busse (Dn.) weist entschieden den Albrechtschen Vorwurf zurück, daß die Armenpfleger in den Armen Schuldige sähen. Die Armenpfleger suchten jeder Not zu steuern. Gegen den Stv. Kleeis, der jedem Bezirk einen hauptamtlich eingesetzten Vorsteher wünscht, führt der Redner aus, daß sich ehrenamtlich niemand finden lassen wird, der nur Ermittelungen anstellt, während die weitere Durchführung dem hauptamtlichen Vorsteher zugewiesen wird. Damit würde auch das Fürsorgewesen von der breiteren Grundlage der Armenkommission auf die viel engere des Armenvorstehers gestellt. Der Redner tritt für die beantragte Vorauszahlung der Unterstützung ein.

Stv. Weschke (b. k. Fr.) erklärt sich gegen den Kleeisschen Antrag, weil die Durchführung mit übergroßen Schwierigkeiten verbunden sei. Es sei auch notwendig, daß der Armenpfleger mit dem Unterstützungsbedürftigen in Fühlung bleibt.

Stv. Kleeis (S. Fr.): Ich habe die Armenpfleger keineswegs angreifen wollen. Aber viele sind ihren Aufgaben doch nicht gewachsen gewesen. Es herrscht eine große Verschiedenheit in der Behandlung der Fälle. Ich will eine größere Gleichmäßigkeit herbeigeführt sehen. Daß sich Arbeiter nicht finden, ist dem Umstande geschuldet, daß sie entweder nicht Zeit oder Lust haben. Eine Aenderung muß vorgenommen werden.

Stv. Balke (Dem. Fr.): Ich möchte den Ausdruck „Armen" aus den Schriften entfernt sehen. Wenn dem Gesetze entgegenstehen, so müssen sie abgeändert werden. Ehrenbeamte sind durchaus notwendig. Mißgriffe werden auch bei Berufsbeamten vorkommen. Die Armenpfleger haben namentlich während des Krieges mit großer Aufopferung ihres Amtes gewaltet. Die Auszahlung durch die Armenpfleger wollen wir ja beibehalten, sie hat sich vortrefflich bewährt. Wir können sie nicht genug entzentralisieren. Gegen den Stv. Albrecht ist zu bemerken, daß es immer Bedürftige geben wird, auch in dem idealen Staate, den sich Herr Albrecht erträumt. Ich bitte, den Kleeisschen Antrag dem Sozialen Ausschuß zu überweisen.

Stv. Osterburg (U. S. P.) hält einen Vortrag über den Zukunftsstaat. Wenn es keine Millionäre mehr gibt, dann gibt es auch keine Armen mehr.

Frau Stv. Krüger (U. S. P.) wünscht, daß man zu Armenpflegern auch die Frauen hinzuzieht. Sie behauptet dann vom Stv. Balke, dieser habe gesagt, die Armen seien an ihrer Armut selbst schuld.

Stv. Balke widerspricht dieser Auffassung, davon sei nicht die Rede gewesen. Er habe nur gesagt, daß auch in einem idealen Staate die Armut nicht völlig verschwinden wird.

Nach kurzen Bemerkungen einiger Unabhängiger werden sowohl die Anträge des Haushaltausschusses wie die der Stv. Splett und Genossen einstimmig angenommen. Der Antrag Kleeis wird dem Sozialen Ausschuß überwiesen.

Die Versammlung setzt den Haushaltplan für das Jugendamt in Einnahme auf 4310 Mk., in Ausgabe auf 105 200 Mk., den Zuschuß auf 120 890 Mk. fest. Berichterstatter Stv. Frau Krüger (U. S. P.). In ihren temperamentvollen Ausführungen fordert die Berichterstatterin die Kommunalisierung der Kindergärten und sie fordert weiter, daß die Kleinen in den Kinderhorten bereits auf ihren künftigen Beruf vorbereitet werden. Dem Jugendamt sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit den stillenden Müttern eine bessere Ernährung zuteil werden kann und diese Mütter wieder Freude am Stillen haben. Weiter beantragt sie die Bewilligung von 5000 Mk. für Weihnachtsgeschenke.

Stadtrat Velthusen: Wir wollen die Aufstellung jetzt nicht durchbrechen, obwohl nicht alles auf der Höhe steht. Die Kinderhorte versorgen täglich 1000 Kinder, die Kindergärten 628, die anderen Einrichtungen 450 Kinder.

Stv. Busse (Dn.): Wir wollen mit großem Dank anerkennen, was mit geringen Mitteln für die Kinderfürsorge getan worden ist.

Stv. Wilke (S. Fr.): Die Kinderhorte sind besser, als sie Frau Krüger hingestellt hat. Die Kinder werden beschäftigt und so viel als möglich ins Freie gebracht.

Der Vorsitzende: Ich will feststellen, daß Frau Krüger nicht das Recht hat, als Berichterstatterin eigene Anträge zu stellen.

Stv. Albrecht: Wir wollen die freie Liebestätigkeit anerkennen; aber nun ist's damit vorbei, wir wollen selbst die Sache in die Hand nehmen. Wenn es sich für Weihnachtsgeschenke nur um 12—15 Kinder im Jugendheim handelt, können wir keine 5000 Mk. bewilligen, wie das Frau Krüger will.

Stadtrat Velthusen: Die Stadt wird sich inzwischen noch mehr mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Stv. Schrader (Dn.) weist zurück, daß die kleinen Kinder, wie das Frau Krüger möchte, nur durch Märchen- und Geschichtenerzählen erzogen werden sollen und daß sie nicht das Beten erlernen dürfen. (Widerspruch links.)

Stv. Dr. Keil (Dem. Fr.): Den Antrag auf Bewilligung von 5000 Mk. für Weihnachtsgeschenke so ins Blaue hineingestellt, müssen wir ablehnen. Frau Krügers Ansicht, daß die jungen Säuglingspflegerinnen die Pflege lediglich aus Büchern gelernt hätten, beruht auf Unkenntnis der Dinge. Die Pflegerinnen müssen einen vollständigen Ausbildungskursus durchmachen.

Nachdem Stadtrat Velthusen mitgeteilt hatte, daß im Herbst auf alle Fälle ein Nachtragsetat eingebracht werden wird, sprechen noch die Stvv. Frau Binner (U. S. P.), Weschke (b. k. Fr.), Frau Krüger, Osterburg (beide U. S. P.). Der letztere Redner führt aus: Die Beterei muß abgeschafft werden.

Stv. Schrader: Da führen Sie das Volk in den Abgrund! (Gelächter links.)

Der Haushaltplan des Jugendamts wird genehmigt. Der von Frau Stv. Binner aufgenommene Antrag der Frau Krüger auf Bewilligung der 5000 Mk. für Weihnachtsgeschenke, ist von der Antragstellerin zurückgezogen worden.

Das Feuerlöschwesen weist bei 11 152 Mk. Einnahme 249 222 Mk. dauernde und 68 670 Mk. einmalige Ausgaben auf. Wird genehmigt. Berichterstatter Stv. Steinbrück (Dn.).

Beim Bauwesen werden 54 400 Mk. Einnahmen, 599 300 Mark dauernde und 200 000 Mk. einmalige Ausgaben, mithin ein Zuschuß von 744 900 Mk. vorgesehen. Auch dieser Etat wird genehmigt. Berichterstatter Stv. Brömme (U. S. P.) und Balke (Dem. Fr.).

Bei der Stadtentwässerung betragen die Einnahmen 569 000 Mk., die Ausgaben 630 900 Mk., so daß ein Zuschuß von 61 900 Mk. bedingt wird. Der Haushaltplan dieses Kapitels bringt noch eine Uebersicht über die aus Anleihemitteln aufgewendeten Kosten für Kanalzwecke bis Ende September 1918, wonach 7 948 850 Mk. verbraucht worden sind. Die noch bis Ende März 1920 erforderlichen Mittel betragen 588 000 Mk. Der Berichterstatter Stv. Brömme (U. S. P.) empfiehlt namens des Haushaltausschusses die Annahme.

Auch die Gartenverwaltung beansprucht den erheblichen Zuschuß von 848 700 Mk., denn einer Ausgabe von 858 452,41 Mark steht nur eine Einnahme von 10 752,41 Mk. gegenüber. Das Kapitel wird genehmigt. Berichterstatter Stv. Georg (Dem. Fr.).

Das Arbeitsamt verzeichnet nur 100 Mk. Einnahme, aber 100 916 Mk. Ausgabe, so daß ein Zuschuß von 100 816 Mk. erforderlich ist. Die Versammlung stimmt zu. Berichterstatter Stv. Albrecht (U. S. P.), dem das Arbeitsamt zu bürokratisch und zu wenig demokratisch ist.

Stadtrat Velthusen: Ich weiß nicht, wie diese Einrichtung noch demokratischer sein kann.

Stv. Albrecht: Die Arbeiter müssen das Anstellungs- und Entlassungsrecht haben.

Hinsichtlich der Beiträge an gemeinnützige Vereine usw. wird bei den „sonstigen gemeinnützigen Zwecken" Halt gestebt. Der Entwurf des Haushaltplanes sieht eine Einnahme von 30 Mk. und eine Ausgabe von 134 886 Mk. vor, der Zuschuß beträgt demnach 134 856 Mk. Berichterstatter ist Stv. Ritter (Dem. Fr.). Der Haushaltausschuß empfiehlt nun, die Vergütung des Herrn Karl Klausert als Leiter des Stadtsingechors von 300 auf 500 Mk. aufzubessern. Die Versammlung stimmt zu. Gestrichen werden die Beihilfen von 12 Mk. an den Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, von 100 Mk. an den Deutschen Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, von 20 Mk. an die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, von 170 Mk. an Brennstoffen für die Turnhalle am Roßplatz bei Uebungen des Allg. Hall. Turnvereins, von 3000 Mk. für den sächsisch-thüringischen Reiter- und Pferdezuchtverein, e. V. Gestrichen werden sollten auch 300 Mk. für die Rechtsschutzstelle für Frauen für die Adoptionszentrale, doch wird dieser Beitrag auf Antrag des Stv. Georg (Dem. Fr.) noch einmal bewilligt, da Frau Justizrat Bennewitz den benötigten Raum bereits für den 1. April d. J. gemietet hatte und sie nicht wissen konnte, daß die Beihilfe gestrichen werden würde. Bewilligt werden auch wieder 300 Mk., die bereits gestrichen waren, für die Fabelschule. Für Jugendpflege werden statt 4000 Mk. 9000 Mk. eingesetzt. Durch diese Summe sollen auch die Bestrebungen der Turn- und Sportvereine gefördert werden. Für die Jugendhilfe Halle werden statt der geforderten 300 Mk. 1000 Mk. bewilligt. Ferner werden neu eingestellt 1000 Mk. für die Kinderbewahranstalt Sommergarten und 5000 Mk. für die Bücherei des Gewerkschaftskartells und der unabhängigen Sozialdemokratie.

Hierzu beantragt Stv. Kleeis (S. Fr.), daß von den 5000 Mk. 1000 Mk. für die Bücherei der alten sozialdemokratischen Partei bestimmt werden. Denn bis zur Spaltung der beiden sozialdemokratischen Parteien habe die Bücherei eben der Sozialdemokratie gehört und sie wäre von allen benutzt worden. Wir wollten, daß die Bücherei gewissermaßen öffentlich benutzt werden kann. Das wurde von den Unabhängigen abgelehnt. Darum ist es nur ein Akt der Gerechtigkeit, daß 1000 Mk. für unsere Bücherei und nur 4000 Mk. für die der Unabhängigen bewilligt werden.

Die unabhängigen Stvv. Hildebrandt, Koenen und Ilgenstein bekämpfen diesen Antrag, da aber so halb und halb auf eine Bemerkung des Stv. Kleeis, er werde seinen Antrag zurückziehen, wenn die Bücherei auch den Mitgliedern der alten Sozialdemokratie zugänglich gemacht würde, die Benutzung auch durch diese zugestanden wird, so zieht Stv. Kleeis in der Tat seinen Antrag zurück. Nunmehr wird auch dieser Beihilfe zugestimmt.

Der Haushaltplan des Statistischen Amtes wird in Einnahme mit 75 Mk., in Ausgabe mit 34 946 Mk. festgesetzt. Zuschuß 34 871 Mk. Berichterstatter Stv. Graefe. Dieser regt die Wiederherausgabe der statistischen Monatshefte an.

Stv. Dr. Carlson (Dn.) bemängelt, daß die Stelle eines wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiters mit 2400 Mk. ausgeschrieben worden ist. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die ein langjähriges Studium und die erforderliche Praxis hinter sich haben, mindestens das Einkommen haben müssen, was ein qualifizierter Arbeiter oder ein Bürohilfsarbeiter des Magistrats nach dem Tarif hat.

Stadtrat Wurm: Der Magistrat konnte die Stelle nicht anders ausschreiben, er ist noch an die Vorschriften gebunden. Es muß anerkannt werden, daß unser aller Gehälter schlecht sind, so daß eine Gehaltsreform kommen muß. Ein Antrag kann ja gestellt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190802018/fragment/page=0003

Oberbürgermeister Dr. Rive: Das Gehalt für diese Stelle ist auf 2400—3600 Mk. festgelegt. Ich empfehle, das auch für jetzt so zu belassen, denn man kann nicht gut aus dem Rahmen der Gehaltssätze eine einzelne Stellung herausnehmen und für sie eine besondere Gehaltsfestsetzung treffen. Aber es können dem Kandidaten je nach seiner Leistungsfähigkeit einige Jahre seines Lebens oder seiner Dienstzeit auf das Dienstalter angerechnet werden, so daß sein Gehalt sich über den Mindestsatz hinaushebt. Wir dürfen dann wohl auch, wenn wir die Vorlage machen, der Zustimmung der Stadtverordneten sicher sein.

Stv. Dr. Carlsson erklärt sich von diesen Darlegungen befriedigt.

Nunmehr wird die Beratung des Haushaltplanes unterbrochen und an die Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung gegangen. Da aber inzwischen die achte Abendstunde sich erfüllt hatte, so verließen die Pressevertreter die Sitzung, um noch den Bericht über den bisherigen Verlauf der Tagung fertigen zu können.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Der Hallische Fußballklub von 1896 veranstaltet am 10. August auf seinem Sportplatz am Zoo, Angerweg 24, seine 1. mitteldeutschen Leichtathletischen Wettkämpfe, gelegentlich derer auch das 10 000 Meter-Mallaufen um die Meisterschaft im Verband mitteldeutscher Ballspielvereine ausgetragen wird. Die Vorkämpfe beginnen vormittags 9 Uhr, die Hauptkämpfe nachmittags 3 Uhr. Meldungen sind bis spätestens 6. August zu richten an Herrn Max Schreiber, Lindenstraße 48, II. Es kommen folgende Wettbewerbe zum Austrag:

A. Offene Wettbewerbe:

1. 100 Meter-Mallauf. 2. 400 Meter-Mallauf. 3. 1500 Meter-Mallauf. 4. 3000 Meter-Vorgabelauf. 5. Speerwerfen. 6. Dreikampf bestehend aus: Kugelstoßen, Weitsprung, 50 Meter-Lauf. 7. 4×100 Meter-Staffel. 8. Olympische Staffel (800 bis 400—200—100 Meter). 9. 10 Kilometer-Lauf, Meisterschaft im V. M. B. V.

B. Jugend-Wettbewerbe:

offen für alle nach dem 1. Januar 1902 Geborenen. 10. 100 Meter-Mallauf. 11. 800 Meter-Mallauf. 12. Hochsprung. 13. Schlagballweitwerfen.

C. Damen-Wettbewerbe:

14. 60 Meter-Mallauf. 15. Weitsprung. 16. 4×50 Meter-Staffellauf.

Die Mitteldeutsche Meisterschaft entschieden.

Ring, Dresden, bis 31. August d. J. disqualifiziert.

Die vielbesprochene diesjährige Meisterschaft scheint jetzt endlich geklärt zu werden. Obwohl der Protest noch nicht verhandelt ist, kann die Angelegenheit als erledigt gelten, da Ring vom Verbandsvorstand disqualifiziert worden ist. Der Grund zu diesem Vorgehen ist die Verteilung des Notschreies anläßlich des Wiederholungsspieles am 20. Juli. Der Verbandsvorstand ist der Ansicht, daß Ring, nachdem am Vormittag die Entscheidung des Spielausschusses für ungiltig erklärt worden war, auf keinen Fall dieses Flugblatt verteilen durfte, um so weniger, als verschiedene darin aufgestellte Behauptungen Rings auf dem Verbandstage einwandfrei widerlegt worden seien. Die Verteilung des Flugblattes bedeute eine Herabsetzung des Verbandsvorstandes und eine Nichtbeachtung des Verbandsbeschlusses in der Oeffentlichkeit. Erschwerend wirke hierbei, daß das Flugblatt unter einer mehrtausendköpfigen Zuschauermenge verteilt worden sei. Uns sind die näheren Umstände nicht bekannt. Wir können also dazu keine Stellung nehmen. So bedauerlich es an und für sich auch ist, daß die Mannschaft kaltgestellt ist, und so ein Wiederholungsspiel nicht spielen kann, d. h. wenn überhaupt eins in Frage kommt, so muß doch unbedingt Disziplin gewahrt werden. Wenn Ring sich über diese hinweggesetzt hat, so muß es eben auch die Folgen tragen.

Für das Spiel Nord- gegen Süddeutschland, das am 10. Aug. in Nürnberg stattfinden soll, hat der Norddeutsche Fußballverband folgende Spieler in Aussicht genommen: Buckendahl, Queck, Braunschweig. Esser und Fick. Hollstein; Friedrich, Blankenese; Gilge, Jäger, Wiggert, Altona; Harder H. S. V.; Krause, Mechling, Müller, Pohl, Viktoria; Lorenz, Eimsbüttel; Schminke und Wessel, Bremen.

H. F. C. Viktoria. In der am 5. Juli stattgefundenen Generalversammlung wurde folgender Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Fritz Biering, 2. Vorsitzender Otto Schmidtke, 1. Schriftführer Fritz Kirchner, 2. Schriftführer Richard Ulrich, 1. Kassierer Kurt Brendel, 2. Kassierer Otto Eurich. Sämtliche Schriftstücke, mit Ausnahme der Spielforderungen, wolle man an den ersten Schriftführer Fritz Kirchner, Gr. Steinstr. 34, richten. Spielforderungen sind an Alfred Bege, Halle a. S., Domplatz 10, zu richten.

Sportklub Komet 03, e. V., fährt am Sonntag, den 3. August, mit drei Mannschaften nach Greppin, um u. a. dem dortigen Fußballklub Preußen 1—3 Diplom-Spiele auszutragen. Abfahrt 6 Uhr vormittags. Komet I fährt mit folgender Mannschaft: Vörkel, Sander, Hecht, Richter, Haft, Molenda, Kresse II, Rehn, Schäfer, Behrendt, Keller. 2. Jugendmannschaft spielt vorm. ½11 Uhr gegen Borussia.

Pferdesport.

Rennen zu Hannover.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

1. Sommer-Rennen. Für Zweijährige. Verkaufsrennen 1000 Meter. 1. Kodeck, 2. Cust, 3. Wulfhard. Sieg 20, Platz 14, 19, 27 : 10. 10 liefen.

2. Kinensem-Rennen. 12 000 M. Ausgleich. 1200 Meter. 1. Wolfram, 2 Meiringen, 3. Judling. Sieg 172, Platz 51, 21, 20 : 10. 15 liefen.

3. Deister-Jagdrennen. 40 000 M. Für Dreijährige. 4200 Meter. 1. Timok, 2. Pillao, 3. Philomele. Sieg 45, Platz 15, 16, 34 : 10. 9 liefen.

4. Grabensee-Rennen. 40 000 M. Für Dreijährige. 1800 Meter. 1. Schnellfeuer, 2. Rosenritter, 3. Berliner. Sieg 60, Platz 20, 17, 20 : 10. 9 liefen.

5. Jugend-Rennen. 13 000 M. Für Zweijährige. 1000 Meter. 1. Husso, 2. Leichtsinn, 3. Antilope. Sieg 25, Platz 14, 29, 16 : 10. 9 liefen.

6. Preis von Waldfried. 15 000 M. Ausgleich. Für Dreijährige. 2200 Meter. 1. Merovinger, 2. Robin, 3. Sphinx. Sieg 53. Platz 19, 16, 31 : 10. 8 liefen.

7. Preis von Tiergarten. 13 000 M. 2000 Meter. 1. Oneida, 2 Sturmflut, 3. Majoratsherr. Sieg 69, Platz 25, 49, 62 : 10. 14 liefen.

Abteilung 8. Hürdenrennen der Dreijährigen. 12 000 M. 3000 Meter. 1. Fritzi, 2. Carola, 3. Aufstanella. Sieg 45, Platz 14, 47, 12 : 10. 9 liefen.

9. Abteilung. 1. Gletscher, 2. Ribisch, 3. Elemer. Sieg 77. Platz 48, 34, 41. 8 liefen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Gefährdung der Industrie.

Wie die Verwaltung der Eisenhütte Silesia mitteilt, war sie infolge Kohlenmangels in der letzten Woche gezwungen, ihren Betrieb zeitweise einzustellen. Da der Kohlenmangel aber anhält, ist sie von Montag ab nicht mehr in der Lage, den Betrieb regelrecht durchzuführen. Wörtlich sagt die Direktion: Wir treiben durch die ewigen wilden Streiks, die Unlust zur Arbeit und das ewige Debattieren und Verhandeln über völlig unerfüllbare Forderungen Zuständen entgegen, die mit absoluter Gewißheit in allerkürzester Zeit dahin führen müssen, daß alles wirtschaftliche Leben völlig zu unterliegen kommt; 90 Prozent unseres Volkes wissen nicht, wie nahe wir schon diesem Zustande sind.

•

Weiter wird gemeldet: Die Kohlenförderung in den oberschlesischen Gruben sinkt von Tag zu Tag in erschreckender Weise. Infolge der passiven Resistenz, der immer wieder aufflackernden wilden Streiks, sowie des großen Lichtstreiks in den oberschlesischen Elektrizitätswerken Ausgangs vergangener Woche war der Kohlenzugang in den oberschlesischen Oderhäfen äußerst gering. Noch nicht einmal 40 000 Tonnen wurden im Umschlaghafen in Cosel umgeschlagen. Aber auch der Warenmangel wird wieder fühlbar. Die Hafenverwaltung entschloß sich, während zweier Tage sämtliche Bergzüge anzuhalten, um die leergewordenen Kohlenwagen den Gruben wieder zuzuführen. Die Lage der oberschlesischen Montanindustrie war noch nie so schlecht als jetzt.

Aus oberschlesischen industriellen Kreisen wird mitgeteilt, daß der oberschlesische Zinkmarkt völlig darniederliegt. Die Verluste der Zinkhütten sind auf viele Millionen angewachsen. Die Hohenlohewerke, die in der technischen Entwicklung der modernen Zinkerzeugung an erster Stelle stehen, sahen sich gezwungen, mit Stillegung voranzugehen, die Henckel-Donnersmarck-Verwaltung folgte, und auch sämtliche übrigen Zinkerzgruben werden im Laufe des nächsten Monats stillgelegt werden. Der amerikanische Wettbewerb droht zuzunehmen, sodaß auf eine Belebung des Marktes in absehbarer Zeit nicht zu hoffen ist. Neben den Zinkerzbergwerken werden auch die Zinkhütten ihre Betriebe schließen müssen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 1. August. Die Geschäftslage an der Börse blieb auch heute unverändert. Die wenigen Umsätze, die in führenden Werten stattfanden, ergaben kein einheitliches Bild in der Kursgestaltung. Kriegsanleihe, Schatzscheine und alte heimische Anleihen bröckelten im Preise weiter ab. Erstere notierte 81 bis 80⅞ Prozent. Am Montanmarkt überwogen mäßige Abschwächungen bis vereinzelt 3 Prozent, was besonders für oberschlesische Werte gilt. Dagegen setzten Rombacher und Lothringer Hütte, wie auch Gelsenkirchen ihre Aufwärtsbewegung weiter fort. Schiffahrtswerte mußten sich bei stillem Geschäft Rückgänge bis ca. 1 Prozent gefallen lassen. Ausländische Bahnaktien behaupteten ihren Kursstand. Kanada waren etwas fester. Auf den übrigen Marktgebieten sind die Veränderungen nicht erheblich und mehr oder weniger von kleinen Aufträgen abhängig. Für Petroleumaktien bestand unter Führung von Steaua Romana gute Meinung. Wesentliche Veränderungen sind auch später bei vorwiegender Geschäftsunlust nicht eingetreten. Oesterreichische und ungarische Anleihen lagen still und wenig verändert.

Devisenkurse.

Berlin, 1. August.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	645,00	645,50	640,00	640,50
Dänemark	100 Kr.	379,00	379,50	379,00	379,50
Schweden	100 Kr.	415,00	415,50	415,00	415,50
Norwegen	100 Kr.	395,00	395,50	395,00	395,50
Schweiz	100 Fr.	303,00	303,25	298,00	298,25
Oesterreich	100 K.	44,95	44,55	43,95	44,05
Ungarn		—,—	—,—	—,—	—,—
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 305,00 Brief 306,00 für 100 Pesetas

Helsingfors 102,25 102,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 1. August. Im freien Warenverkehr ist in der Geschäftslage für Lupinen und Serradella eine Veränderung nicht eingetreten. Herbstrübensamen der verschiedensten Sorten waren stark angeboten. Für Heu sind in der Provinz verschiedentlich Preise von 14½ bis 15 Mark erzielt worden. Hier ist im Großhandel dieser Preis noch nicht zu erreichen. Stroh ist mit etwa 4¾ Mark lebhafter umgesetzt worden. Am Markt befindliches Angebot von Rapsstroh hat bisher Beachtung noch nicht gefunden. Wetter: schön.

Für Deutschland gut genug. Führende dänische Zeitungen haben eine Mitteilung darüber gebracht, daß die dänische Bekleidungsindustrie zurzeit größere Posten von Waren auf Lager hat, die, aus groben Rohstoffen hergestellt, sowohl ihrer geringeren Qualität wie der hohen Herstellungskosten wegen in Dänemark unverkäuflich sind. Es soll die Absicht bestehen, diese Bestände, die auf 20 Millionen Kronen angegeben werden, nach Deutschland abzustoßen. Bei etwaigem Angebot von Kleiderwaren aus Dänemark werden Sachverständige kaum Mühe haben, die angedeutete Ware zu erkennen, und sich vor dem Ankauf hüten.

Ueber die Verhandlungen wegen amerikanischer Kredite für Deutschland wird der „Frkf. Ztg." aus New York berichtet: Durch Unterhändler sind sofort nach Friedensunterzeichnung mit der dortigen Internationalen Bank Verhandlungen eingeleitet worden, um für Deutschland Darlehen zum Abschluß zu bringen. Als Konkurrent für die deutschen Kreditbedürfnisse tritt England auf, das schon zur Stützung und Hebung seiner Valuta und zum Ausgleich seiner hochgradig passiven Handels- und Zahlungsbilanz mit Amerika dringend einen neuen Kredit zu erhalten sucht. Am weitesten fortgeschritten sind die Besprechungen, die auf eine Finanzierung der für Deutschland nötigen Baumwollsendungen hinzielen. Indes ist bis zur Stunde auf keinem Gebiete ein irgendwie endgültiges und greifbares Ergebnis all dieser Besprechungen erzielt worden.

Ausdehnung des Engelhardt-Konzerns. Die zum Engelhardt-Konzern gehörende Hofbräu A.-G. in Bamberg, die in letzter Zeit bereits mehrere Angliederungen vorgenommen hat, hat nunmehr auch die seit über 200 Jahren bestehende altrenommierte Exportbierbrauerei Erlwein u. Schultheiß in Erlangen käuflich erworben. Die Brauerei wird als „Hofbräu Erlangen" in unveränderter Weise fortgeführt.

R. Wolf, A.-G., in Magdeburg-Buckau. Nach dem Geschäftsbericht für 1918/19 einschließlich Vortrag ergab sich ein Rohgewinn von 9 274 315 (6 780 902) Mk. Geschäftsunkosten erforderten 4 204 294 (2 886 984) Mk., Aufwendungen für Kriegswohlfahrts- und Unterstützungszwecke 1 941 956 (880 426) Mk. Nach Deckung der Abschreibungen von 820 245 (2 654 255, von denen 2,5 Mill. Mk. aus dem Gewinn der Aktiengleichstellung gedeckt wurden) Mk., verblieb ein Reingewinn von 2 299 780 (2 859 240) Mk. Hieraus soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 15 (18) Prozent verteilt werden, während 49 284 (60 251) Mk. auf neue Rechnung kommen. Das Unternehmen war im abgelaufenen Betriebsjahre mit der Herstellung von Kriegsmaterial und Friedensartikeln bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Gesellschaft hatte sich bei der Annahme von Kriegsmaterialaufträgen eine gewisse Beschränkung auferlegt und dafür eine Menge von Friedensfabrikaten für die Kriegsindustrie, die Landwirtschaft usw. hergestellt. Nach dem Waffenstillstand wurde nur noch für Friedensartikel gearbeitet. Die Produktion ist seit dem Waffenstillstand erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. — In der Bilanz erscheinen u. a. Bestände mit 21 498 345 (23 339 316) Mk., Wertpapiere mit 945 083 (2 734 765) Mark, Außenstände mit 11 010 514 (12 059 201) Mk. und Kreditoren mit 12 065 705 (18 375 117) Mk.

Die Betriebsergebnisse in der Montanindustrie entwickeln sich im Gegensatz zu den Börsenkursen weiter schlecht. Der Einfluß der gegenwärtigen Verhältnisse auf die Jahresabschlüsse per 30. Juni 1919 wird nur dadurch gemildert, daß zum Teil erhebliche Gewinnrücklagen aus der Kriegszeit vorhanden waren. Diese reichen aber nur bis zu einer bestimmten Grenze und werden, wie unser Berliner r-Korrespondent erfährt, namentlich diejenigen Werke, deren Bilanztermine in die vorgerückte Jahreszeit fallen oder mit dem Schlusse des laufenden Kalenderjahres zusammenfallen, vor sehr empfindlichen Dividendenrückgängen, teilweise sogar vor Dividendenausfällen nicht behüten. So verlautet bereits mit großer Bestimmtheit, daß die oberschlesischen Unternehmungen mit starken, allmonatlich noch steigenden Betriebsverlusten arbeiten und daß z. B. der demnächst erscheinende, per 31. März d. Js. aufgestellte Abschluß der Kattowitzer A.-G. für Bergbau Veranlassung geben werde, die Dividende (i. V. 12 Prozent) überhaupt ausfallen zu lassen.

Weitere Bierpreiserhöhung in Bayern. Der am 1. Juli um 6 Mk. pro Hektoliter erhöhte Bierpreis in Bayern wurde mit Wirkung ab 1. August um weitere 6 Mk. auf 32 Mk. pro Hektoliter heraufgesetzt, wonach sich der Ausschankpreis in den Städten auf 48 Pfg. und auf dem Lande auf 46 Pfg. stellt.

Zu unserer Mitteilung über Oelfruchtpreise schreibt uns die Landwirtschaftskammer: In Nr. 340 Ihres werten Blattes haben Sie in einer Veröffentlichung über die neuen Oelfruchtpreise den Preis für Rübsen der Ernte 1920 mit 112,50 Mk. für 1 Dztr. angegeben. Laut § 5 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh vom 15. Juli 1919 beträgt jedoch der Höchstpreis für Rübsen der Ernte 1920: 1100 Mark für 1 Tonne.

Die Emil Busch, A.-G., Optische Industrie in Rathenow, ist auch für 1918/19 in der Lage, einen befriedigenden Abschluß vorzulegen. Der Umsatz hat sich neuerlich erhöht, ebenso der Rohgewinn, und zwar der letztere von 2 373 911 Mk. auf 2 631 937 Mk. Infolge der Steigerung der Unkosten von 402 215 Mk. auf 822 607 Mark kann indes nach Abschreibungen von 286 396 (311 445) Mk. nur ein Ueberschuß von 988 433 (1 385 207) Mk. ausgewiesen werden. Indes kommt wieder eine Dividende von 20 Prozent zur Verteilung. 103 807 (101 164) Mk. werden vorgetragen. Erinnert sei daran, daß die Gesellschaft im März d. Js. in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen hatte, einen Teil ihrer Reserven aufzulösen. 300 000 Mk. verwandte sie zur Errichtung einer Emil Busch-Heimstätten-Siedelungs-Gesellschaft. Ein ungefähr gleicher Betrag wurden den Beamten, Arbeitern und Aktionären überwiesen, und zwar erhielten die letzteren für je 600 Mk. Aktien 100 Mk. 5proz. Kriegsanleihe.

Zusammenschluß nordwestdeutscher Kalksandsteinfabriken. Unter dem Namen „Verein der nordwestdeutschen Kalksandsteinfabriken" erfolgte ein Zusammenschluß der nordwestdeutschen Kalksandsteinfabriken mit dem Sitz in Hamburg.

Weitere Preissteigerungen. Der Verband deutscher Tafelwagenfabrikanten in Remscheid beschloß eine Erhöhung des Teuerungszuschlages um 5 Prozent auf 30 Prozent, und der Verband deutscher Herdfabrikanten in Hagen i. Westf. eine solche um 10 Prozent auf 75 Prozent. Die Konvention der Holz- und Lackierwaren hat den Teuerungsaufschlag um 25 Prozent auf 150 Prozent heraufgesetzt.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 31. Juli. Weizen Juli —, September —, Oktober —, Dezember —. Mais Juli 199, September 193½, Oktober —, Dezember 163½. Schmalz Juli 34,00, September 34,00, Oktober 33,80, Dezember —. Pork Juli 54,30, September 50,40, Oktober —, Dezember —. Rippen Juli 27,65, September 28¾, Oktober —, Dezember —. Hafer Juli 78, September 78¾, Oktober —, Dezember —.

New York, 31. Juli. Winterweizen —. Mais loko 217¾. Mehl —. Zucker —. Kaffee —.

Berliner Börse

vom 1. August 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	70,50
Schantungbahn	132,77
Allg. Lokal-Str.	130,50
Gr. Berl. Str.	120,75
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	304,50
Orientbahn	—
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	101,00
Hambg. Südamerika	170,50
Hansa-Dampfschiff.	—
Nordd. Lloyd.	102,25
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	152,75
Commerz-Diskontobank	122,50
Darmstädter Bank	107,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	191,00
Diskonto-Comm.	152,75
Dresdner Bank	128,67
Leipzig Credit-Anst.	133,00
Mitteld. Kreditbank	113,50
Mitteld. Privatbank	111,87
Nationalbank	—
Oesterr. Kredit	101,00
Reichsbank	143,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	243,00
Akt. f. Anilin	239,12
Allgem. Elektr. Ges.	174,75
Ammendorfer Papierfbk.	890,00
Anhalter Kohlenw.	156,00
Annaberger Steingut	181,00
Badische Anilin	325,00
Bergmann Elekt. Akt.	141,75
Berl. Masch.-Bau	200,50
Bismarckhütte	213,37
Bochumer Gußstahl	184,25
Chem.-Fabr. Buckau	114,00
Chem. Griesheim	193,50
Chem. Heyden	216,00
Consolidation Schalk	231,50
Gröllwitzer Papierfbk	217,00
Daimler Motoren	199,25
Deutsche Luxemburg	144,50
Deutsche Uebersee Elektr.	228,00
Deutsche Erdöl	310,00
Deutsche Gasglühl.	368,00
Deutsche Kali	173,50
Deutsche Waffen u. Mun.	201,50
Donnersmarkhütte	200,00

Döring & Lehrmann	116,00
Dürkoppwerke	287,00
Elberfelder Faber.	287,50
Felten & Guilleaume	161,62
Gasmotoren Deutz	136,25
Gebhard & Co.	241,50
Gebbard & König	88,75
Gelsenkirchen Berg.	176,50
Glauziger-Zuckerfbk.	264,50
Hallesche Maschfbk.	310,00
Hann. Masch.	307,00
Harpener Berg	158,50
Hasper Eisen	150,00
Hirsch Kupfer	220,50
Höchster Farbw.	290,00
Hoesch Eisen u. Stahl	210,00
Hohenlohe-Werke	109,00
Humboldt Masch.	131,50
Ilse Bergbau	—
Kahla Porzellan	301,00
Kaliw. Aschersleben	161,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	118,75
Lauchhammer	163,00
Laurahütte	165,00
Linke & Hofmann	271,00
Ludwig Loewe & Co.	220,50
Lothringer Hütte	156,00
Mannesmannröhren	183,75
Oberschl. Eisenb.-Bd.	125,25
do. Caro Hag.	176,50
do. Kokswerke	200,00
Orenstein & Koppel	171,50
Phönix Berg	190,62
Rhein. Metall-Vorz.	172,00
Rhein. Stahlwaren	136,12
Riebeck. Montan	171,50
Rombecher Hütten	161,50
Rositzer Braunk.	116,00
Rositzer Zucker	157,75
Sangerhäuser Masch.	235,50
Hugo Schneider A.-G.	186,00
Schuckert & Co.	120,75
Siemens & Halske	182,00
Stettiner Vulkan	156,25
Stollberger Zinkh	107,00
Strals. Spielkarten	239,50
Thale-Eisenhütte	238,00
Triptis Porzellan	174,75
Türk. Tabakregie	516,00
Ver. Köln-Rottweiler	177,50
Ver. Glanzstoff	—
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	223,50
Wittener Gußstahl	195,50
Wrede Mälzerei	119,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	351,50
Zellstoff Walthof	172,50
Otavi-Minen.	128,50

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190802018/fragment/page=0004